

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 26. Oktober 2011

§ 190

Interpellation BDP Landratsfraktion "Wassernutzung in der Linthschlucht"

(Bericht Regierungsrat, 20.9.2011)

Hans-Jörg Marti, Nidfurn, beantragt namens der FDP-Landratsfraktion Diskussion. – Seit der Konzessionserteilung für Linthal 2015 veränderte das Ereignis in Fukushima die Energiepolitik völlig; es wurde der Atomausstieg beschlossen, und es sind Energiefragen nochmals zu diskutieren.

Abstimmung: Der Antrag Marti ist angenommen. Es ist Diskussion beschlossen.

Karl Mächler, Ennenda, Unterzeichner der Interpellation, überzeugt die Beantwortung nicht. Das Thema „Linthschlucht“ ist nicht abzuschliessen. Nach der Katastrophe von Fukushima beschlossen Bundes-, National- und Ständerat den Ausstieg aus der Atomenergie, was die Weichen für eine neue, riesige Herausforderungen bringende Energiepolitik stellte: umwelt-schonend wegen der CO₂-Belastung / sichere, bezahlbare und die Wirtschaft nicht hemmende Stromversorgung. Politik, Wirtschaft, Forschung, ja die ganze Gesellschaft sind extrem gefordert. Der gewaltige Umbau der Elektrizitätsproduktion und -versorgung wird das Hinterfragen und Anpassen von Konzessionen und Verträgen nötig machen; was eigentlich unbestritten sein sollte. – Es heisst dies keinesfalls Änderung zuungunsten einer Vertragspartei, sondern aufgrund neuer, deutlich veränderter Voraussetzungen gemeinsam neue Lösungen zu suchen. – In der Linthschlucht werden 10 GW/h produziert, was genügt, um zwei Dörfer in der Grösse von Oberurnen zu versorgen. Um die gleiche Menge produzieren zu können wären 65'000 m² Solarzellen nötig; die momentan zu den grössten im Kanton zählende Anlage bei der Holzbaufirma Frefel in Mollis misst 265 m². Es will nicht Wasserkraft gegen Sonnenenergie ausgespielt werden. Es braucht beide und mit Sicherheit weitere ergiebige Energiequellen. Vor allem aber ist Gesprächsbereitschaft von allen nötig und die Bereitschaft, Verträge und Konzessionen zu überprüfen und anzupassen. – Mit dem Wasser in der Linthschlucht wird seit 40 Jahren sauberer Strom erzeugt. Die ernste Frage lautet: Was spricht gegen weitere Stromproduktion an diesem Ort, mindestens solange bis auf sie problemlos verzichtet werden kann?

Toni Gisler, Linthal, äussert sich namens der SVP-Landratsfraktion. – Er verweist auf die nach dem schrecklichen Ereignis in Japan weltweit geführte Energiediskussion. Die Antwort auf die Frage, wie geht es weiter, fällt für einmal einheitlich aus: So nicht! Es wird nach erneuerbaren Energien gerufen. Alle Möglichkeiten zu deren Gewinnung seien zu nutzen, durch Subventionen Anreize dafür zu schaffen, und fast an jedem Bach werden Kleinkraftwerke und Fassungen mit Steuergeldern unterstützt, was die Bauwirtschaft freut. Nur zuhin-

terst im Glarnerland will für hunderttausende von Franken ein 10 GWh produzierendes Wasserkraftwerk herausgerissen werden – ebenfalls mit Steuerfranken: unbegreiflich, auch wenn es Teil der Konzession ist, und unter den seither entstandenen Umständen weder zu rechtfertigen noch zu akzeptieren. – Im noch nicht lange zurückliegenden Wahlkampf setzten sich die Grünen für den Atomausstieg und für die Förderung erneuerbarer Energien ein. In der Linthschlucht wird solche Energie produziert; mit dem Rückbau der Fassung wird die Umwelt mehr geschädigt, als mit dem Weiterbetrieb. Die Antwort auf Frage 4, es sei kein Bedarf für neues Verhandeln erkennbar, macht Angst und lässt die Frage stellen: Wird die Sache überhaupt ernst genommen?

Karl Stadler, Schwändi, antwortet, obschon er bei der Konzessionserteilung dem Rat nicht angehörte. Die Aufgabe der Wassernutzung in der Linthschlucht war Teil der Schutz- und Nutzungsplanung. Der Kraftwerksbetreiber erhielt wegen des Verzichts andernorts zusätzliche Nutzungsrechte, wie der Bau der Staumauer beim Muttsee. Dies ist immer noch richtig, weil beim Muttsee die bisher nicht beeinträchtigte, als eine der schönsten Landschaften des Kantons gerühmt Gegend künftig von der Technik beherrscht sein wird. – Fukushima veränderte unbestreitbar die Ausgangslage. Es ist der 40-Prozent-Anteil aus Atomkraft gewonnener Energie zu ersetzen. Die Wasserkraft ist im Glarnerland zum grössten Teil ausgeschöpft und wohl nur mit effizienteren Erzeugungsanlagen besser zu nutzen; weiterer Ausbau stünde in keinem Verhältnis zur Zerstörung der Natur. Wichtiger sind das Stromsparen und das Anzapfen anderer erneuerbarer Energien an anderen für Wind- und Sonnenenergie geeigneten Standorten. Dafür stellt das Glarnerland mit dem Pumpspeicherwerk quasi die Batterie zur Verfügung.

Hans-Jörg Marti weist auf die komplett veränderten Verhältnisse nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomstromproduktion hin. Zudem sind CO₂-Ziele zu erfüllen, also auf die fossilen Energieträger zu verzichten. Strom in grossem Stil ist nur mit teuren neuen Geräten zu sparen. Hinzu kommt die demografische Situation, welche finanzielle Probleme bringen wird, denn über 65-Jährige erhalten von den Banken kaum die nötigen Mittel für Gebäudesanierungen und die Subventionen werden nicht mehr so grosszügig zugesprochen werden können. Das Nutzen erneuerbarer Energien stösst überall auf naturschützerischen Widerstand. Sparen und Ideenäusserungen genügen nicht. Strategische Lösungen mit verbindlichem Zeithorizont fehlen. Neue Standorte für Wasserkrafterzeugung zu finden ist fast unmöglich, wie die Einsprachen gegen bewilligte, teils preisgekrönte Vorhaben belegen. Das bestehende, Strom für 4000 Personen produzierende Werk ist nicht aufzuheben. Vor allem darf, wie der Vergleich von K. Mächler zeigt, nicht von Kleinkram gesprochen werden. Der Verlust können Solarpanels nicht wettmachen. Die Erneuerung bestehender Anlagen genügt wegen höherer Restwassermengen ebenfalls nicht, obschon sie meist deutliche ökologische Verbesserungen herbeiführen. Eine Studie (Jonathan Hertig) zeigt eine deutlich zu geringe Kapazität der Leitungsnetze, sofern alle geplanten Sonnen- und Windenergieanlagen gebaut werden. Die Netze wären massiv auszubauen, aber: Für die Bewilligung der Überspannungsleitung Linthal–Schwanden brauchte es, weil sie Umweltverbände verhindern wollten, sechs und für den Bau zwei Jahre. Es bestehen bereits Abhängigkeiten vom Ausland, verbunden mit massiver Verteuerung, was im Zusammenhang mit dem Bezug zum Euro hellhörig machen muss: Schweizer Industriebetriebe wurden bereits innert Stunden schachmatt gesetzt. – Die Axpo ist nicht an einer Konzessionsänderung interessiert, weil sie nicht den Anstoss dazu geben will, wie der Redner aus einem Gespräch mit R. Mathis weiss. Die Politik darf die veränderte Situation aber nicht unbeachtet lassen. Die eine Ersatzmassnahme darstellende Aufhebung der Linthschluchtanlage soll in anderer Form für ökologische Projekte und die dank ihr erreichten Gewinne für Ausgleichsmassnahmen eingesetzt werden können. Die Diskussion darüber ist zu führen um Kompensationslösungen zu finden, ihr sollten sich auch die Grünen nicht verschliessen. H.-J. Marti ist überzeugt: dann wäre die Axpo gesprächsbereit. Er hält sich eine Motion vor, die dieses Vorgehen zu Gunsten detaillierter Klärung ausdrücklich fordert. Das Kraftwerk in der Linthschlucht soll bestehen bleiben.

Fredo Landolt, Näfels, hält fest: Es ist alles zu unternehmen, was den Atomausstieg ermöglicht; bestehende Stromproduktionsanlagen sind nicht aufzugeben sondern weiter zu nutzen; und als neue Idee: ökologische Ausgleichsmassnahmen sind nicht auf den engeren Standort des Vorhabens zu beschränken; der Blick dafür ist betreffend Linthschlucht nicht nur auf Linthal zu richten, sondern auf die ganze Schweiz. Ersatzmassnahmen in anderer Form und an anderen Orten müssen möglich werden.

Anton Bürge, Näfels, erinnert an die ausgiebigen Diskussionen und Auseinandersetzungen bis zur Konzessionserteilung. Es kann nun nicht einfach ein Bestandteil aus den gesamten Ausgleichsmassnahmen herausgebrochen werden, ohne andere Diskussionsbereiche heraufzubeschwören, wie Restwassermengen, Heimfall. Die Konzession wäre wieder als Ganzes zu betrachten, wozu eventuell für die neu zu entwickelnden Kompensationsmassnahmen gar der Bundesrat für Genehmigungen wieder beizuziehen wäre. – Die Netzsituation erschweren auch viele kleine Produktionsanlagen. Es ist nicht alles mit vielen Kleinen zu lösen. – Die Reaktionen bezüglich Windanlagen in der Linthebene, für die Messungen im Gange sind, bleiben ungewiss, vor allem auch von Seiten der Wirtschaft. – Förderung von Energieeffizienz hängt nicht nur von neuen Geräten ab, sie setzt bei uns selber ein, indem wir überlegen, für was wir welche Energie verwenden. In Glarus Nord erhalten ab kommenden Jahr alle Kunden erneuerbare Energie als Basisprodukt.

Landammann *Röbi Marti* und der Regierungsrat verwehren sich der Diskussion keineswegs. Die Wassernutzung in der Linthschlucht hängt mit dem Bau des riesigen, in Linthal entstehenden Werkes zusammen. Es kann nun nicht einfach an einem Tisch eine Änderung besprochen werden, sondern es wären zwei neue Auflageverfahren durchzuführen, worüber der Konzessionsnehmer beim jetzigen Stand der Dinge nicht unbedingt begeistert ist. Es geht um 2 Prozent der Stromproduktion, was mengenmässig aber viel ist. Sie weiter nutzen zu wollen ist verständlich, und es wird – gemäss landrätlichem Auftrag – in Zusammenhang mit dem Energierichtplan nach weiteren wirtschaftlich nutzbaren Standorten für Wasserkraftnutzung gesucht. Der Regierungsrat wird alles daran setzen, möglichst viel Wasser nutzen zu können. Bezüglich Wassernutzung in der Linthschlucht wird aber jetzt wohl auf Granit gebissen. – Die Energiefragen werden bei Behandlung des Energierichtplanes vertiefter zu diskutieren sein.